

UID

CDU UND
McCANN-ERICKSON
SETZEN AUF
WAHLSIEG 2002:
SEITE 3



Nummer 23
2. August 2001
www.cdu.de

F a k t e n u n d A r g u m e n t e



Die PDS hat drei hervorstechende Propagandaziele, die sie zu ihrem Markenzeichen machen will: ■ Die PDS verkauft sich als Interessenvertretung der Menschen in Ostdeutschland. ■ Die PDS verkauft sich als Partei, die sich von ihrer SED- und Stasivergangenheit befreit hat. ■ Die PDS verkauft sich als normale Partei und demokratische Wahlloption. – Die Fakten entlarven die PDS-Propaganda Punkt für Punkt.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

PDS hat in einer Regierung **nichts** zu suchen

In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt ist der Beweis erbracht: mit der PDS das niedrigste Wirtschaftswachstum und die meisten Arbeitslosen. Die CDU wird schon deshalb alles tun, um Berlin vor dem Kamikaze-Projekt Rot-Rot zu bewahren.

In Berlin geht es um die Zukunft unserer Hauptstadt.

Aber die SPD will mit einer Partei paktieren, die in ihrer SED-Vergangenheit stecken geblieben ist: politisch, programmatisch, personell.

Wir wollen verhindern, dass die Wähler hinters Licht geführt werden. Mit unserer neuen PDS-Dokumentation (Innenteil dieser Ausgabe) zeigen wir Ihnen, ■ was diese Partei will, ■ was sie macht, ■ wer sie lenkt. **UID**

**Die PDS -
Fakten
Hintergründe**

Was sie will.
Was sie macht.
Wer sie lenkt.

CDU ■ ■ ■ ■

Die Broschüre ist auch in unserem Versandzentrum erhältlich: Bestell-Nr. 5764, Preis je 20 Expl.: 15,- DM (7,67 Euro)

■ Andreas Schmidt zum Fall Leuna: SPD streut haltlose Verdächtigungen (Seite 4–5) ■ Frank Steffels PowerPoint: Sogar die Grünen finden Joachim Zeller gut (Seite 6) ■ Die Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern. (Seite 7–10) ■ Hohes Defizit in Nürnberg beweist Versagen von Rot-Grün (Seite 10) ■ Norbert Röttgen anlässlich der Vorstellung des Abschlussberichts der Parteienfinanzierungskommission: Unionskonzept bestätigt (Seite 12) ■ Angela Merkel: CDU begrüßt Vereinbarung zu Kyoto-Protokoll (Seite 13) ■ CDU fordert Neuanfang bei der Gesundheitspolitik: Mehr Transparenz, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung für die Versicherten (Seite 14–17) ■ Hermann-Josef Arentz und Peter Rauen: Wirtschafts- und Sozialsystem steht auf der Kippe (Seite 17) ■ CDU/CSU-Initiative: Hilfen für Eltern und Kinder mit dem Ziel, die Spätabtreibungen wirksam einzuzugrenzen (18–19)

40. JAHRESTAG DES MAUERBAUS

Kundgebung am Checkpoint Charlie

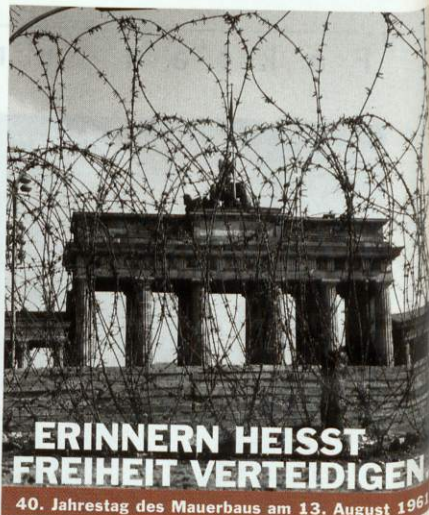
Aus Anlass des 40. Jahrestags des Mauerbaus hat die Parteivorsitzende für den 12. August nach Berlin eingeladen.

Nach einem ökumenischen Gottesdienst in der St. Bonifatius-Kirche in Kreuzberg um 12 Uhr findet um 14 Uhr am ehemaligen Checkpoint Charlie die zentrale Gedenkveranstaltung statt: mit dabei Edmund Stoiber, Friedrich Merz, Frank Steffel und Eberhard Diepgen.

Angela Merkel: „In der aktuellen Berliner Situation ist die Botschaft des 13. August von großer Brisanz. Politische Kräfte, die sich immer noch nicht zu einer deutlichen Haltung gegenüber dem Bau der Mauer, dem System der DDR und den

falschen Idealen des Sozialismus durchringen können, dürfen nicht an der Macht in Berlin beteiligt werden.“

Appell an alle Mitglieder der CDU: „Bewegen Sie möglichst viele dazu, die Veranstaltung durch persönliche Teilnahme zu einer eindrucksvollen Demonstration unserer Haltung zu machen.“



ERINNERN HEISST FREIHEIT VERTEIDIGEN

40. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1961

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.joerg.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

CDU und **McCann-Erickson** setzen bei Bundestagswahl 2002 auf Sieg

Die CDU geht mit der derzeit weltweit größten Kreativ-Agentur in den Bundestagswahlkampf 2002.

Seit dem 1. August unterstützen die kreativen Köpfe von McCann-Erickson die CDU auf dem Weg zum Wahlziel 2002... „Unser strategisches Ziel als Union ist es, im kommenden Jahr wieder stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag zu werden. Dies waren wir – mit zwei Ausnahmen 1972 und 1998 – immer. Wir sind sicher, dass wir dann auch wieder Regierungsverantwortung übernehmen werden,“ erklärte Generalsekretär Laurenz Meyer bei der Agentur-Präsentation.

„Intelligent und witzig wird der Wahlkampf aussehen“, versprechen Laurenz Meyer und der Kreation-Chief der Kampagne, Günter Sendlmeier. Vom Wahlsieg sind Sendlmeier und seine Agentur McCann-Erickson überzeugt. Deshalb habe McCann auch keine Probleme damit, dass sich das Wahlziel im Vertrag niederschlägt. 25 Prozent des Honorars seien erfolgsabhängig. Zum Auftrag an McCann-Erickson

Überzeugt hat uns auch die starke Präsenz der Agentur in Berlin.

gehören die klassische Werbung, aber auch andere Instrumente des Wahlkampfes wie Internet-Kampagnen, Dialog-Marketing und Events.

In die Arbeit des Konrad-Adenauer-Hauses integrieren

Die CDU, so Generalsekretär Laurenz Meyer, betritt mit dem Auftrag an McCann-Erickson Neuland. Er nennt drei Gründe: ■ **Erstmals** arbeiten wir im Wahlkampf mit einem großen internationalen Agentur-Netzwerk zusammen. ■ **Erstmals** steht die integrierte Kommunikation im Vordergrund; die Kommunikation wird aus einem Guss sein; alle Instrumente der Kommunikation werden wir bündeln, also Aktionen und Online-Aktivitäten sowie Direktansprachen. ■ **Und erst-**

mals werden wir bereits über ein Jahr vor der Wahl in Zusammenarbeit mit der Agentur die Kampagne entwickeln und die Agentur in die Arbeit des Konrad-Adenauer-Hauses integrieren.

Der Auftrag an McCann-Erickson ist das Ergebnis der offenen Ausschreibung, die die CDU im Januar mit der Anzeige „Machen Sie mehr aus ihrem Typ“ gestartet hatte. Über 140 Bewerber hatten sich für die Kampagne 2002 der CDU interessiert, darunter kleine, mittlere und große Agenturen, aber auch freie Teams. Bemerkenswerter noch als die Zahl war die Qualität des Bewerberfelds. Die Agentur-Entscheidung fiel einvernehmlich mit der Parteivorsitzenden Angela Merkel und mit Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann.

Laurenz Meyer: „Die Wahl McCann-Ericksons ist eine Entscheidung für ein hohes Maß an Professionalität, für internationale Erfahrung und insbesondere für ein großes Engagement der Köpfe. Überzeugt hat uns auch die starke Präsenz der Agentur in Berlin.“

UID

Politische Justiz

Kaum sind „Leuna-Akten“ beim deutschen Generalbundesanwalt, beginnen die Gerüchte zu brodeln. Namen von Unionspolitikern werden erwähnt. Dann wird dementiert, was eigentlich nicht dementierbar ist, weil es nie mehr war als Afterrede. Dass Hirsch und Struck und Ströbele sich durchsetzen konnten, verdanken sie der Justizministerin Däubler-Gmelin, einer Ideologin, die an einer Umgestaltung der deutschen Rechtsverhältnisse arbeitet, deren Tragweite von der Öffentlichkeit noch gar nicht wahrgenommen wird. Sie hat keine Bedenken, dem Generalbundesanwalt im politischen Durchgriff ein Verfahren zuzuweisen, für das er nicht zuständig ist.

Frankfurter Allgemeine

Übles Gebräu

Aus unbewiesenen Behauptungen und Gerüchten ist ein übles Gebräu gemischt worden. Dawar von 29 prominenten Unionspolitikern die Rede, denen, ohne dass dies konkret geworden wäre, nachgesagt wurde, sie seien korrupt oder hätten Steuern hinterzogen. Dann stellt sich aber her-

ANDREAS SCHMIDT:

SPD streut haltlose Verdächtigungen

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss, Andreas Schmidt, hat den Verdacht gegen 29 Politiker der Union im Zusammenhang mit Schmiergeld und Steuerhinterziehung scharf zurück gewiesen. Die Zeitschrift „Die Woche“ hatte unter Berufung auf einen Vermerk der Genfer Polizei vom März 2000 in ihrer jüngsten Ausgabe entsprechend berichtet.

„Von diesem Verdacht ist nicht ein Jota begründet“, sagte Schmidt. Diese Veröffentlichung stelle den „Höhepunkt einer Schutzkampagne dar, die ohne Substanz, aber mit erheblichem Diffamierungspotential“ angezettelt worden sei. Die Veröffentlichung dieser Liste sei „eine Möglichkeit, die Union in die Ecke zu stellen“. Nach seinen Angaben enthalte die Liste lediglich das Ergebnis einer „Hotelabfrage“ und die Namen von Personen mit denen die Schweizer Justiz „über Leuna reden könnte“. Daraus ergeben sich aber keine Verdachtsmomente für Schmiergeldzahlungen oder Steuerhinterziehung.

Schmidt äußerte den „klaren Verdacht“, dass dieser Vermerk durch die SPD an die Presse lanciert worden sei, obwohl diese Liste als „geheim“ eingestuft ist. Die SPD wolle die politische und rechtsstaatliche Kultur in Deutschland zerstören, sagte Schmidt. Diese Kampagne der SPD sei „mies, widerwärtig und schäbig“. Er äußerte die Vermutung, dass die Bundesregierung an dieser Kampagne beteiligt sei. Er rechnet wegen der Veröffentlichung mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, weil der Tatbestand des Geheimnisverrats vorliegen könne und es sich dabei um ein Officialdelikt handle.

Entlastendes Material vorenthalten

Die Bundesregierung habe der Staatsanwaltschaft Magdeburg, die wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug ermittelt hatte, entlastendes Material vorenthalten. Dies hat der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium Diller jetzt auf eine Anfrage Schmidts



die jetzt beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe eingetroffen sind, würden die Regierung Kohl entlasten, stellte Schmidt fest.

SPD hat länger als ein Jahr das Thema Leuna verhindert

„Akten und Fakten sind das beste Mittel gegen Diffamierung“, unterstrich er. Er gehe „jede Wette“ ein, dass weder an die CDU-geführte Bundesregierung noch an die CDU Deutschlands Schmiergelder geflossen seien. Alle Ermittlungen des Untersuchungsausschusses hätten bislang bestätigt, dass die Regierung Kohl nicht bestechlich gewesen sei. Er übte Kritik an der Mehrheit des Ausschusses, die mehr als ein Jahr lang verhindert habe, dass das Thema „Leuna/Minol“ auf die Tagesordnung komme. Sonst wäre die Kampagne der SPD nämlich längst zusammengebrochen. Die CDU habe sich im Ausschuss immer dafür eingesetzt, dieses Thema „als erstes“ zu behandeln, sagte Schmidt.

Man müsse sich doch fragen, wer ein Interesse an dieser Schmutzkampagne habe, dies sei doch die SPD. Das Verhalten der SPD sei eine „politische Sauerrei“, sagte Schmidt.

aus, dass die 29 Namen nicht etwa im Zusammenhang mit möglichen Straftaten aufgetaucht sind, sondern lediglich in Übernachtunglisten Schweizer Hotels. Die harmlose Tatsache, dass sie zu einem bestimmten Zeitpunkt dort gewohnt haben, wurde zum Anlass haltloser Unterstellungen genommen.

General-Anzeiger, Bonn

Luftnummer

Es besteht Aufklärungsbedarf. Zugleich aber: eine so billige Erkenntnis, dass man sie nicht mehr hören mag im Zusammenhang mit der Streuung von Verdachtsmomenten und Unterstellungen, die erst ins Kanzleramt und zu dessen ehemaligen Hausherrn und jetzt in Richtung verschiedenster Unions-Minister und Unions-Ministerpräsidenten führen. Soeben haben sich jene Einflüsterer, die ihre definitiven Urteile in hemdsärmeliger Kühnheit von gesicherten Erkenntnissen abgekoppelt haben, eine blutige Nase geholt, weil sie über Tage die Republik mit vermeintlich neuen Belegen penetrieren, die sich schließlich als alte Luftnummer erweisen. Die Welt

einräumen müssen. Die rot-grüne Bundesregierung selbst hatte in einem Vermerk vom 16. April 1999 an die EU-Kommission bestätigt, dass es keine Hinweise auf einen Subventionsbetrug im Zusammenhang Leuna/Minol gebe. „Dies zeigt, dass man bewusst Verdächtigungen schüren will, um der CDU zu schaden“, sagte der CDU-Obmann.

Dieser Vermerk, der die frühere Bundesregierung entlastet, wurde von Diller nicht an die Staatsanwaltschaft Magdeburg übergeben. Schmidt sagte, man könne mittlerweile auch davon ausgehen, dass die von Diller gebildete „Task Force“ im BMF kein belastendes Material gesammelt habe. Er forderte, die Akten der Task Force ebenso wie die der Schweizer Justiz dem Untersuchungsausschuss zu übergeben. Auch die Akten der Schweizer Justiz,

Frank Steffels PowerPoint: Sogar die Grünen finden Joachim Zeller gut

Dem Spitzenkandidaten der Berliner CDU bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus sind bisher alle Schritte seines Wahlkampfes nach Plan gelungen. Mit dem neuen Generalsekretär hat die Berliner CDU jetzt aber auch bewiesen, dass sie Gelegenheiten nutzen kann, dies sich unverhofft bieten.

Kein Beobachter, der die Geistesgegenwärtigkeit und sein schnelles Handeln nicht hervorgehoben hätte. Tagespiegel: „Die Gelegenheit kam zufällig, und Frank Steffel nutzte sie.“

Unverhofft überhaupt der Wahlkampf in Berlin – und „Hals über Kopf“ ist, wie die FAZ schreibt, der 35-Jährige Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat geworden. Wenn ihm da nicht Eigenschaften zur Verfügung stehen, die ihn befähigen, auch die nächsten Gelegenheiten nicht zu verpassen ...

Drei Vorteile mit einem Schlag

Was glückt, sind oft gleich mehrere Fliegen mit



einer Klappe. ■ Frank Steffel hat die Erneuerung der Berliner CDU anschaulich gemacht. ■ Mit Joachim Zeller führt aus Berlin Mitte ein Mann der Mitte, wie die Zeitungen wortspielen, als „Mittler“ zwischen West- und Ost-Berlinern die Partengeschäfte. ■ Und: Wenn Sybill Klotz, Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, die Entscheidung Zeller begrüßt, dann ist das – frei von jeder Koalitions-Spekulation – zumindest auch das Signal an Grünen-Wähler, die politischen Gegensätze nicht mehr so krass zu sehen wie noch vor ein paar Wochen.

Ergebnis des gelungenen Coups: Gegenüber der Lage am Tag des Koalitionsbruchs sind die Voraussetzungen, unter denen die CDU nach den Ferien in die heiße Wahlkampf-Phase gehen wird,



durch das Geschick des Spitzenkandidaten erheblich besser geworden.

Vor allem die PDS bringt Steffel in Verlegenheit. Denn Joachim Zeller ist nicht nur für „Grüne“, sondern auch „für Ost-Berliner Wähler ein verlockendes Angebot“.

Die Nase vorn

Schlussfolgerung des Tagesspiegels: „Mit Joachim Zellers Wahl – und der Entdeckung des Ostens – hat Frank Steffel zum erstenmal im Vorwahlkampf die Nase vorn. Einen für den Osten, einen für den Westen: und beide für die CDU. Die Mitbewerber wird das nachdenklich stimmen. Der Kampf um den Osten hat erst begonnen. Für die innere Einheit der Stadt ist das nicht schlecht.“

UID

MATTHIAS WISSMANN:

Die **Wirtschaftslage** in den neuen Bundesländern

Pressegespräch
mit dem Vorsitzenden
des Ausschusses
für Wirtschaft und
Technologie des
Bundestages in der
Landesvertretung
Baden-Württemberg
am 18. Juli

Ausgangslage

Veröffentlichungen verschiedener wissenschaftlicher Institute zur konjunkturellen Lage Deutschlands geben Anlass zur Besorgnis. Deutschland ist auf dem besten Weg in eine Rezession. Die Konjunkturdynamik ist fast zum Erliegen gekommen, die Arbeitslosenzahlen stagnieren im Westen auf hohem Niveau und nehmen im Osten zu, die Inflationsrate ist so hoch wie seit acht Jahren nicht mehr. Ein Vergleich mit den Wirtschaftsdaten der europäischen Nachbarn belegt, dass viele Probleme und Tendenzen hausgemacht sind.

In den neuen Ländern verschärft sich die Situation. Insbesondere der ostdeut-

schen Bauwirtschaft droht die Existenzkrise. Unmittelbar hiervon betroffen sind die Arbeitslosen, deren Zahl im Osten weiterhin um ein Vielfaches höher liegen als in den alten Bundesländern. Hinzu kommen enorme Schwierigkeiten bei der Infrastruktur. Das Verkehrsnetz muß konsequent weiter ausgebaut werden, um Investoren für einen Standort im Osten zu gewinnen. Im Hochschulwesen sind eklatante Schwächen auszumachen. Forschungsprojekte und wissenschaftliche Einrichtungen sind bislang unzureichend etabliert. Zu allem Überflus haben fast alle fünf neuen Bundesländer unter einer starken Abwanderungsbewegung junger und qualifizierter Menschen zu leiden.

Ursachen

Die Ursachen sind in der Regel eng miteinander verzahnt. Unzureichende Infrastruktur verhindert die Ansiedlung mittelständischer Unternehmen. Eine lahrende Wirtschaft lässt die

Arbeitslosenzahlen auf sehr hohem Niveau stagnieren. Mangelnde Ausstattung in Wissenschaft und Forschung machen die neuen Bundesländer nicht konkurrenzfähig. Fehlende berufliche Perspektiven lassen Jugendliche in den Westen abwandern.

DIE LAGE: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hat seit der Wiedervereinigung zwischen Ostsee und Erzgebirge kräftig zugenommen. Das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands stieg zwischen 1991 und 1998 um insgesamt 45 Prozent. Dieser Aufholprozess hat sich seit drei Jahren jedoch deutlich verlangsamt. Die Wirtschaftskraft als entscheidender Impulsgeber für den Arbeitsmarkt stellt in ihrer momentanen verflachten Entwicklung ein besonderes Hemmnis für eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dar. Insbesondere mittelständische Betrieben, die für den Großteil an neuen Arbeitsplätzen sorgen, sind durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen wie beispielsweise das

630-DM-Gesetz, die Neuerungen im Betriebsverfassungsgesetz und die Ökosteuern erhebliche Belastungen auferlegt worden. Eine derartige Regulierungswut ist Gift für die Wirtschaft. Notwendiges flexibles Handeln in den Betrieben wird unnötig erschwert, teilweise sogar gänzlich verhindert.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Bauwirtschaft zu richten. Die Entwicklung im Baugewerbe hat besorgniserregende Dimensionen angenommen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat sich der Abschwung beim baugewerblichen Umsatz in den neuen Ländern beschleunigt. Der Umsatz sank nominal dramatisch um rund 20 Prozent. Das Auftragsvolumen lag um 22,8 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der Grund für diese Entwicklung ist in erster Linie in der gesamtwirtschaftlichen Abkühlung, der zunehmend abwartenden Haltung der Investoren und der im Vergleich zum Vorjahr wieder nachlassenden Investitionsbereitschaft der Länder und Kommunen zu sehen.



West keine Wettbewerbsgleichheit geben. Noch immer verfügen Kommunen nicht über die nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen für die Neuansiedlung von Betrieben. Diese Tatsache schreckt insbesondere ausländische Investoren vor der Verlegung eines Unternehmensstandortes zurück. Dies gilt sowohl für Verkehrsinfrastruktur, insbesondere aber auch für Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Hier fehlt es an einer projektorientierten Förderpolitik. Gelder werden momentan zu häufig nach dem Gießkannenprinzip verteilt. So fehlt gerade in strukturarmen Regionen eine effektive Hilfe beim Aufbau der Infrastruktur.

ARBEITSMARKT: Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums macht sich deutlich am Arbeitsmarkt bemerkbar. Von jahreszeitlichen Einflüssen ab-

gesehen, hat sich die Beschäftigung mittlerweile im vierten Monat in Folge nicht mehr erhöht. Dagegen ist die Arbeitslosigkeit seit Jahresbeginn kontinuierlich gestiegen. Im Osten hat sich die Arbeitslosigkeit zuletzt im Juni saisonbereinigt um 8.000 erhöht, nach durchschnittlich 6.000 in den drei letzten Monaten zuvor. Insbesondere die Zahl der Arbeitslosen mit Bau- und baunahen Fertigungsberufen lag zuletzt weiter deutlich, nämlich mit 11 Prozent, über dem Vorjahresniveau. Der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern macht weiter keine Fortschritte, eher ist eine Verschlechterung festzustellen. Die nicht nur fehlgeschlagenen, sondern vielmehr kontraproduktiven und schädlichen Maßnahmen der Bundesregierung in der letzten Zeit, die in einem engen Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt stehen, haben die Betriebe im Osten stark belastet. So beinhalten die Neuerungen im Betriebsverfassungsgesetz vor allem eine massive einseitige Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung. Durch diese Regelungen wird die Unternehmensleitung in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeengt. Konsequenz dieser Novellierung

ist insbesondere ein Investitionshemmnis, das die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert. Für die Unternehmen bedeutet die Reform mehr Kosten, mehr Bürokratie und weniger Arbeitsplätze. Durch solche Gesetze wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze nahezu verhindert.

ABWANDERUNG: Die Zahl der Menschen, die dem Osten Richtung Westen den Rücken kehren, steigt weiter. Diesen Entschluss treffen vor allem überdurchschnittlich qualifizierte Jugendliche. Hier lässt sich die enge Verzahnung der einzelnen Probleme in den neuen Bundesländern besonders gut verdeutlichen. Junge Menschen verlassen ihre Heimat, weil ihnen ein entsprechender Ausbildungs- oder Hochschulplatz nicht angeboten werden kann oder ein qualifizierter Arbeitsplatz nicht zur Verfügung steht. Seit 1991 haben vier von fünf Bundesländern im Osten einen erheblichen Abfluss zu beklagen. So hat beispielsweise das Land Mecklenburg-Vorpommern heute im Vergleich zu 1990 170.000 Bürger weniger. Die Abwanderungszahlen befinden sich seit Jahren auf hohem Niveau.

Notwendige Maßnahmen zur Konsolidierung der Lage in Ostdeutschland

Für den Aufbau Ost ist eine neue Vision sowie zielgerichtetes Handeln erforderlich. Um die schwerwiegenden Probleme im Osten Deutschlands in den Griff zu bekommen, ist zunächst und verstärkt bei der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik anzusetzen. Nur bei einem Wirtschaftswachstum von mindestens 1,6 Prozent können in nennenswertem Umfang Arbeitsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus müssen die infrastrukturellen Voraussetzungen erheblich verbessert werden.

Die zusätzlichen, notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Wissenschafts- und Verkehrsweginfrastruktur sollen durch Kürzung fragwürdiger konsumtiver Ausgaben finanziert werden. Konjunkturprogramme alten Stils haben wegen ihres „Strohfeuercharakteres“ keinen Sinn.

WIRTSCHAFTSPOLITIK:

- Auflage eines Sofortprogramms zur Stärkung der Bauwirtschaft, die im Moment die übrige Wirtschaft nach unten zieht.

- Maßnahmen zu Gunsten der Bauwirtschaft gegen unlautere Maßnahmen wie beispielsweise unhaltbare Ausschreibungsbedingungen.

- Vereinfachungen im gegenwärtigen System der Wirtschaftsförderung. Die bestehenden Fördermöglichkeiten müssen intelligenter eingesetzt werden.

- Konzentration der vorhandenen Förderprogramme im Gegensatz zur derzeitigen Praxis, die Mittel auf eine Vielzahl von Programmen zu verteilen.

- Entlastung des Mittelstandes durch Vorziehen der Steuerreform sowie Aussetzen der nächsten Stufe der Ökosteuer.

- Modernisierung des öffentlichen Dienstleistungsangebotes durch die Möglichkeit, Baugenehmigungen, Gewerbebeantragungen sowie Steuererklärungen per E-Mail zu beantragen.

- Senkung der Gewerbe- und Grundsteuern als Investitions- und Ansiedlungsanreiz für nationale und internationale Unternehmen.

- Verstärkte Unterstützung bei der Ansiedlung von Unternehmen mit innovativen Produkten.

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK:

- Kürzung von ABM-Mitteln zur Stärkung des ersten Arbeitsmarktes.

Hohes Defizit in Nürnberg beweist Versagen von Rot-Grün

Bereits im 1. Halbjahr 2001 haben die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit die Einnahmen um 4,9 Mrd. DM überstiegen.

Der Bundeszuschuss für das Jahr 2001 in Höhe von 1,2 Mrd. DM ist bereits verbraucht. Am Ende des Jahres wird sich das Defizit noch einmal erheblich vergrößert haben. Experten rechnen mit einem Defizit für das gesamte Jahr 2001 von ca. 8 Mrd. DM.

Die Regierung hat ihre eigenen Ziele bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erheblich verfehlt.

Falsche Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen nun die Steuerzahler durch einen erhöhten Bundeszu-

schuss an die Bundesanstalt für Arbeit ausgeben.

Die Bundesregierung sieht der Entwicklung tatenlos zu. Sie hofft lediglich auf eine Belebung des Arbeitsmarktes im 2. Halbjahr, obwohl die Experten diese Erwartung längst nicht mehr teilen.

Reformen auf dem Arbeitsmarkt will Schröder nicht, ein Vorziehen der Steuerreform will Schröder auch nicht. Abwarten ist die schlechteste aller Lösungen, wenn Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsmarkt in den Keller gehen. Im Interesse der Arbeitssuchenden müssen endlich die notwendigen Reformen auf den Tisch.

beschleunigt werden. Investitionen, die über die höchste Multiplikatorwirkung verfügen, müssen Vorrang erhalten.

■ Bei öffentlichen Infrastrukturvorhaben muß die private Finanzierung stärker genutzt werden, damit die öffentlichen Haushalte geschont werden und sinnvolle Projekte zeitnah verwirklicht werden können.

■ Aufgrund mangelnder Vereinbarkeit zwischen angebotener und nachgefragter Qualifikation ist ein rascher Abbau der Qualifizierungsinfrastruktur erforderlich.

■ Etablierung eines Netzes von Fachhochschulen, um so die Vernetzung von Hochschulen vor allem mit Technologieunternehmen zu fördern.

UD

■ Abbau von Regulierungen und bürokratischen Hemmnissen, durch die der Arbeitsmarkt gelähmt wird.

■ Ausrichtung der Betriebsverfassung nach den Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft. Die Betriebspartner in einem Unternehmen müssen selbständig und flexibel über Fragen des Lohns und Arbeitsplatzzerhalts außerhalb starrer Tarifverträge entscheiden können.

■ Abbau von Einstellungsbarrieren.

■ Spürbare Einschnitte bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Falle der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit. Arbeit muß sich stärker lohnen als Nichtarbeit.

■ Beseitigung der Einschränkung und Erschwerung bei befristeten Arbeitsverhältnissen.

■ Fortsetzung des moderaten Kurses in der Lohnpolitik ist insbesondere in Ostdeutschland von entscheidender Bedeutung. Tarifabschlüsse sollten sich künftig stärker und auf Dauer an der Produktivität orientieren.

INFRASTRUKTURPOLITIK:

■ Keine Neuauflage flächendeckender Infrastrukturprogramme. Der Aufbau der Infrastruktur muß vielmehr mit neuen Prioritätenlisten und der Erschließung neuer Finanzierungswege

Totengräber

■ Ein Spezialbaufacharbeiter mit einem Stundenlohn von 27,35 DM und der tariflichen Arbeitszeit von 169 Stunden hat ein monatliches Bruttogehalt von 4.622,15 DM. Davon bekommt ein Jungeselle mit Steuerklasse eins einen Nettolohn von 16,33 DM pro Stunde, ein Verheirateter mit Steuerklasse drei 19,83 DM. Berücksichtigt man zum Bruttolohn des Arbeitnehmers die rund 46 Prozent Arbeitgeberkosten für Sozialkassen, ZVK und Bauberufsgenossenschaft, die Soziallöhne, die allgemeinen Geschäftskosten, die Baustellengemeinkosten und die Mehrwertsteuer, dann müssen dem Kunden für die Arbeitsstunde eines deutschen Facharbeiters 83 DM berechnet werden, ohne dass dabei auch nur ein Pfennig Gewinn erzielt worden ist. Aufgabe der Politik wäre, das Steuersystem und die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren und den Arbeitsmarkt zu deregulieren. Die Schröder-Regierung hat hier aber völlig versagt und keine Möglichkeit ausgelassen, wirtschaftliches Handeln durch zusätzliche Auflagen und Lasten sogar noch zu erschweren. **Peter Rauen**, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU: „Die neuesten Zahlen des Sta-

tistischen Bundesamts zur Lage zeigen: Schröder wird mit seiner Politik immer mehr zum Totengräber der deutschen Bauwirtschaft.“

Schwarzarbeit

■ Wer eine Haushaltskraft bei sich zu Hause sozialversicherungspflichtig beschäftigte, konnte bisher die Kosten dafür im Rahmen eines Sonderausgabenabzugs bis zu einer Höhe von 18.000 DM im Jahr steuerlich geltend machen. Diese Regelung hat Rot-Grün nun abgeschafft – mit der Folge: ■ Hilfe für den privaten Haushalt wird vor allem für Familien mit mittlerem Einkommen unerschwinglich. ■ Versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gehen verloren. Die stellv. Vorsitzende der CDU/CSU, **Maria Böhmer**, und die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion, **Gerda Hasselfeldt**: „Der Schwarzarbeit wird Tür und Tor geöffnet. Die bislang sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten künftig ohne soziales Netz.“

Wichtiger Schub

■ Die BMW-Entscheidung, das neue Werk der 3er Reihe in Leipzig zu bauen, hat der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU und Sprecher für die neuen Bundesländer,

Günter Nooke, als wichtigen Schub für den Aufbau Ost begrüßt: „Diese Großinvestition ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung mit mehr Arbeitsplätzen in Ostdeutschland. Es ist gut zu wissen, dass es noch deutsche Unternehmen mit Bodenhaftung gibt, die sich ihrer nationalen Verantwortung stellen.“

Ohrfeige

■ Das Bundesverwaltungsgericht hat die Zulässigkeit von Gebühren für Langzeitstudenten bestätigt: 1000 Mark pro Semester. Denn: Die Regelstudienzeit reiche aus, um ein Studium abzuschließen. Demgegenüber hatte die rot-grüne Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag versprochen: keine Erhebung von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz des Bundes. **Thomas Rachel**, Obmann für Bildungs- und Forschungspolitik der CDU/CSU: „Wir haben einem bundesgesetzlichen Verbot von Studiengebühren bisher immer widersprochen – als unzulässigem Eingriff in die Rechte der Bundesländer, die ganz überwiegend für die Finanzierung der Hochschulen zuständig sind. Das Berliner Urteil bestätigt unsere Haltung. Eine Ohrfeige allerdings für die Ministerin.“

Kommission bestätigt Unionskonzept

Anlässlich der Vorstellung des Abschlussberichts der Parteienfinanzierungskommission am 18. Juli erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Reform des Parteiengesetzes, Norbert Röttgen:

Die Kommissionsvorschläge liegen weitestgehend auf der Linie des Gesetzentwurfes, den die CDU/CSU 16. Juli vorgestellt hat. Der Abschlussbericht ist damit eine deutliche Bestätigung unserer Arbeit, die viele Kritiker Lügen straft. Zusammen mit dem Gesetzentwurf bildet der Abschlussbericht eine gute Grundlage, um das Parteiengesetz noch in dieser Legislaturperiode umfassend zu reformieren. Ich hoffe, dass die anderen Parteien an diesem Vorhaben konstruktiv mitarbeiten werden.

Die Kommission spricht sich ebenso wie die CDU/CSU u.a. für ein Saldierungsverbot, eine Rechenschaftslegung nach handelsrechtlichem Vorbild, weitergehende Erläuterungspflichten, ein Verbot

der Annahme von Spenden von öffentlichen Unternehmen, von Barspenden über 1000 Euro (Kommission: 2000 DM) und eine umfangreiche Verbesserung des Prüfungssystems aus.

Die Kommission betont die wichtige Funktion der Spenden für die Eigenfinanzierung der Parteien und zieht einen Schlussstrich unter die unangemessenen Diffamierungen dieser Einnahmeart. Die Kommission wörtlich: „Spenden an Parteien sind politisch und verfassungsrechtlich nicht nur zulässig, sondern ausdrücklich erwünscht.“ Es ist allerdings unverständlich, dass die Kommission die Augen vor der grundgesetzwidrigen Zusammenballung politischer, wirtschaftlicher und publizistischer Macht, die die SPD im Verborgenen betreibt, verschließt.

Der SPD-Konzern ist mit einem geschätzten Wert von über einer Milliarde DM und einer Auflagenstärke von ca. 2,5 Millionen Exemplaren einer der größten Medienkonzerne Deutschlands.

Drastische Kürzungen

■ Nach den Plänen von Bundesinnenminister Schily sollen nächstes Jahr dem Zivilschutz nur noch 44 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. In diesem Jahr standen dafür noch 65 Millionen Mark im Haushalt. Besonders bedenklich: Rot-Grün will trotz Konjunkturfurche und entgegen anders lautenden Versprechen bei den Investitionen kürzen. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wie will Schily unter diesen Bedingungen sicherstellen, dass auch in Zukunft der Katastrophenschutz funktioniert?“

Gysi „Einheit“

■ Im „kleinen Politischen Wörterbuch“ der DDR stand unter dem Stichwort „Einheit“ u.a. das „einheitliche sozialistische Bildungswesen“, aber nicht „deutsche Einheit“. Gysi hat sie zwar jetzt für sich entdeckt, sagt aber nicht, was er damit wirklich meint. **Rainer Jork**, stellv. Vorsitzender der Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU: „Die Wähler werden ihm jedenfalls nicht gestatten, die deutsche Einheit zu vereinnahmen und womöglich sogar die SED-Mauer als notwendige Voraussetzung für Einheit und Freiheit neu zu definieren.“

CDU begrüßt Vereinbarung zu Kyoto-Protokoll

WENIG VERTRAUEN haben die Deutschen nach einer Forsa-Umfrage zur Fähigkeit der Schröder-Regierung, Arbeitslosigkeit abzubauen und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Nur acht Prozent der Befragten glauben, dass Schröder sein Versprechen einhalten werde, die Arbeitslosenzahl bis 2002 auf 3,5 Millionen zu senken. 58 Prozent wollen, dass die Öko-steuer ausgesetzt wird. Sogar 44 Prozent der Grünen befürworten diesen Schritt.

IMMENSE SUMMEN bringt der Staat jährlich für den Unterhalt von Kindern allein stehender Mütter und Väter auf: 1,5 Milliarden Mark in 2000. Das Unterhaltsvorschussgesetz sieht diese Zahlungen vor, wenn ein Elternteil seinen Verpflichtungen nicht nachkommen will oder kann. Zur Rückzahlung des Vorschusses kommt es in vielen Fällen nicht.

AUF REKORDHÖHE bewegt sich die Kaufkraft der rund elf Millionen Kinder und Jugendlichen in Deutschland: 32 Milliarden Mark Barvermögen und Sparguthaben, wie eine KidsVerbraucherAnalyse im Auftrag von Lübke und Bauer sowie dem Axel Springer Verlag ermittelte. Im Monat verfügen die sechs- bis 19-Jährigen über 110 Mark.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel hat die Vereinbarung der Bonner Klimaschutzkonferenz über die Reduzierung von Treibhausgasen ausdrücklich begrüßt. „Wir freuen uns, dass es nach schwierigen Verhandlungen gelungen ist, einen Kompromiss zu finden, der die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls für die

Mitgliedstaaten möglich macht“, erklärte Angela Merkel nach einer Bundesvorstandssitzung am 23. Juli in Berlin. Gerade angesichts der Demonstrationen der Globalisierungsgegner in Genua zeige die Übereinkunft von Bonn, dass „es keine Alternative zu internationalen Abkommen geben wird“.

BUSSGELDER in Höhe von 11,1 Millionen Mark haben im letzten Jahr Gerichte und Staatsanwaltschaften in Hessen verhängt. Die Gelder sind gemeinnützigen Einrichtungen zugute gekommen. Justizminister Christean Wagner: „Gerade Einrichtungen, die sich der Kriminalprävention und dem Opferschutz widmen, können dadurch ihre wichtige Aufgabe leisten.“

IM WETTSTREIT um die Themenhoheit liegt nach einer Untersuchung von „Medien Tenor“ weiterhin der „Spiegel“ vorn. Mit 579 Nennungen wurde das Nachrichtenmagazin im ersten Halbjahr 2001 häufiger zitiert als „Bild“ (428), FAZ (232), „Welt am Sonntag“ (207), „Focus“ (204) und „Stern“ (198). Bei

den TV-Sendern liegt das ZDF mit 246 Nennungen vor der ARD mit 189.

EUROPEAN Democrat Students (EDS), der Studentenverband der EVP, hat auf seinem Annual Meeting im Juli einen neuen Vorstand gewählt. Die Position des Generalsekretärs blieb dabei in Deutschland: **Marc-Michael Blum** löst Holger Thuss ab, der drei Jahre im Amt war.

SCHULE ist das Thema einer Dokumentation, die jetzt die Kultusministerkonferenz herausgegeben hat: Datenmaterial, das einen Vergleich der Ländern möglich macht. Erhältlich im Sekretariat der KMK: Lennéstraße 6, 53113 Bonn. Im Internet: www.kmk.org/statist/home.htm. **UID**

Mehr Transparenz, **Wahlfreiheit** und Eigenverantwortung für die Versicherten

Warum ist Gesundheitspolitik für die CDU ein Thema?

■ Das Gesundheitswesen steckt in der Krise: Die Ausgaben der Krankenkassen steigen, die Beiträge werden erhöht, und die Patienten finden sich in einer 2-Klassen-Medizin wieder. Eines ist klar: Unser Land braucht schnellstmöglich eine umfassende Gesundheitsreform.

■ Aber die Bundesregierung ist untätig. Aus Angst vor den anstehenden Wahlen schiebt sie das Thema vor sich her und versucht, sich in Plauderrunden über Wasser zu halten. Statt endlich zu handeln, wird nur gestritten: Gesundheitsministerin Ulla Schmidt gegen ihre eigene Staatssekretärin Schaich-Walch, Schmidt gegen Wirtschaftsminister Werner Müller, die SPD-Fraktion gegen beide. Und zwischendurch streut das Kanzleramt ein eigenes Papier. Ein einheitliches Konzept? Fehlanzeige.

■ Gesundheitspolitik ist auch Arbeitsmarktpolitik. Denn ohne grundlegende Reform

drohen enorme Beitragssteigerungen in der Krankenversicherung und damit noch höhere Lohnnebenkosten für die Unternehmen.

Daten und Fakten zum Thema Gesundheit

■ Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid von Ende Juni 2001 zur Gesundheitspolitik stellt der Regierung schlechte Noten aus und sieht die Kompetenz in der Gesundheitspolitik wieder bei der CDU:

lich das Arbeitseinkommen als Beitragsbasis herangezogen wissen.

▶ Nur noch 40 % plädieren für eine vollständige Kostenübernahme der Kassen, 57 % wünschen sich dagegen bei verminderten Beiträgen mehr Eigenbeteiligung.

▶ 50 % folgen dem Vorschlag, den Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Krankenversicherung direkt an die Arbeitnehmer auszuzahlen.

▶ Aber nur 20 % würden akzeptieren, wenn Ärzte künftig bei annehmbarer Qualität nicht das Beste, sondern das



■ Weitere Ergebnisse:

▶ 70 % der 900 Befragten sprechen sich für eine Gesundheitsreform noch vor der Wahl aus.

▶ 69 % wollen ausschließ-

Billigste verordnen müssten.

■ Im Laufe des Jahres 2001 haben bisher eine Reihe von Krankenkassen ihre Beiträge erhöht: AOK Hamburg: + 0,4 Prozentpunkte



auf 14,5 %; AOK Bayern: + 0,5 auf 14,2 %; AOK Hessen: + 1,0 auf 14,8 %; AOK Baden-Württemberg: + 0,7 auf 14,2 %. Weitere Kassen haben Beitragserhöhungen angekündigt. Anfang 2002 wird es voraussichtlich zu einer Flut von Beitragserhöhungen auch bei den Ersatz- und Betriebskrankenkassen kommen.

■ Die Bundesregierung hat die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in den alten Ländern 1998 mit einem dicken Finanzpolster von über 9 Mrd. DM übernommen. Im Jahr 2000 war dort nun ein Defizit von knapp 1 Mrd. DM zu verzeichnen. In den neuen Ländern hat die GKV 2000 dagegen einen leichten Überschuss von 340 Mio. DM erwirtschaftet. Im Rahmen des Risikostrukturausgleichs zahlen währenddessen die gesetzlichen Krankenversicherungen in den alten Ländern 2001 fast 5 Mrd. DM an die

Krankenversicherungen in den neuen Bundesländern.

■ Nur rund vier Prozent der gesamten Ausgaben für das deutsche Gesundheitswesen werden in Gesundheitsschutz und Präventionsmaßnahmen investiert (17,4 Mrd. DM von 412,7 Mrd. im Jahr 1998; Quelle: Statistisches Bundesamt).

Was sagt die Bundesregierung

■ „Die neue Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die Sozialabgaben gesenkt werden. Die Entlastung der Arbeit durch eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten ist ein Eckpfeiler unserer Politik für neue Arbeitsplätze. (...) Wir werden die Sozialversicherungsbeiträge ... auf unter 40 Prozent senken. (...) Ziel der neuen Bundesregierung ist es, den Anstieg der Krankenversicherungsbeiträge

zu stoppen und die Beiträge dauerhaft zu stabilisieren.“ („Koalitionsvertrag“ vom 20. Oktober 1998)

■ „Im Gesundheitsministerium ist es am Wochenende zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen Ministerin Ulla Schmidt (SPD) und ihrer Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Schaich-Walch (SPD) ... gekommen ... Schmidt wies Vorschläge von Schaich-Walch, die Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung zu erhöhen, deutlich zurück. ... Unser Problem ist die mangelnde Qualität im Gesundheitswesen. Die verbessere ich nicht durch mehr Geld, denn das würde nichts an der Überversorgung und Fehlsteuerung ändern.“ (*Der Tagesspiegel*, 2.7.2001)

■ In der Bundesregierung ist Streit über eine Reform der Krankenversicherung ausgebrochen. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wies Vorschläge von Wirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) scharf zurück, die Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung künftig als Lohn auszuzahlen und damit in eine kapitalgedeckte Privatvorsorge einzusteigen. ... 'Die Kranken- und Pflegeversicherung ist kompliziert und funktioniert anders als Angebot und Nachfrage in

der Wirtschaft.“ (*Frankfurter Rundschau*, 16. Juli)

■ „Die Bundesregierung denkt an einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik. Kanzleramtsminister Hans Martin Bury plädierte im Interview mit der *Stuttgarter Zeitung* dafür, in der Krankenversicherung mehr auf Eigenverantwortung zu setzen. ‘Es ist grundsätzlich richtig, sich Gedanken über die Balance zwischen Eigenverantwortung und sozialer Absicherung zu machen.’“ (*Stuttgarter Zeitung*, 19. Juli)

Welche Botschaft hat die CDU

Die CDU fordert einen Neuanfang in der Gesundheitspolitik. Die bisherige Strategie der Bundesgesundheitsministerin, die Dinge treiben zu lassen und die Beteiligten mit Gesprächen ruhig zu stellen, schadet dem Gesundheitswesen. Es besteht jetzt dringender Handlungsbedarf, denn ohne Reformen droht nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels der Kollaps des Gesundheitssystems. Erforderlich ist ein gesundheitspolitisches Gesamtkonzept, das folgende Eckpunkte umfassen muss:

■ **Mehr Transparenz, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung für die Versicherten.** Die Menschen sollen über ihre Beitragshöhe und über ihren Versicherungsumfang im Rahmen bestimmter Bandbreiten selbst entscheiden können. Voraussetzung ist, dass die Versicherten über die Kosten und die Qualität der bei ihnen erbrachten Leistungen informiert werden.

■ **Mehr Spielräume in der Vertragsgestaltung für Krankenkassen, Krankenhäuser und Ärzte.** Die Bundesregierung muss die von ihr geschaffenen Hürden und Reglementierungen abbauen, damit die Beteiligten im Gesundheitswesen eine freiheitliche und wettbewerbsorientierte Grundlage haben. Diese können viel besser als der Staat definieren, wie eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu gestalten ist.

■ **Mehr Gesundheitsvorsorge.** Die weit verstreuten Ansätze zur Prävention müssen verbessert, aufeinander abgestimmt und in einem übergreifenden Präventionsgesetz gebündelt werden.

■ **Der Risikostrukturausgleich muss gerechter ausgestaltet werden.** Die Maßnahmen der Bundesregie-

rung sind dazu nicht geeignet. Sie führen zu Kostensteigerungen und mehr Bürokratie.

Was sagt die Presse?

„In der eigenen Fraktion wächst der Unmut über die offenkundige Unfähigkeit der Ministerin, eine gute Vorsorge zu bezahlbaren Preisen durchzusetzen. Schmidts Bilanz nach einem halben Jahr Amtszeit ist niederschmetternd.“ (*Der Spiegel*, 2. Juli)

„Mit großen Versprechungen waren die Sozialdemokraten in den vergangenen Wahlkampf gezogen: Die Zuzahlungen für Medikamente und Arztbesuche sollten verringert, die Qualität der Versorgung verbessert, die Abgaben gesenkt werden. Nun steigen die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung wieder. Das selbst gesteckte Ziel, die Abgabenlast unter vierzig Prozent der Bruttolöhne zu senken, wird Rot-Grün nicht erreichen.“ (*Die Zeit*, 5. Juli)

„Dass im Gesundheitssystem etwas schief läuft, ist offensichtlich. Doch was sagt die Ministerin dazu im Bundestag, wenn die Opposition eine Debatte zu dem Thema verlangt? Nichts.

H.-J. ARENTZ UND P. RAUEN:

Wirtschafts- und Sozialsystem steht auf der Kippe

Der Vorsitzende der Sozialausschüsse, und der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigungen haben die Forderung erhoben, das Bündnis für Arbeit endlich mit Leben zu füllen sowie die zentralen Fragen für mehr Arbeit und mehr Wachstum in den Vordergrund zu stellen: Die Belastung von Arbeitnehmern und Unternehmern mit Steuern, Abga-

ben und Bürokratie steigt. Die Inflation raubt den Menschen den Lohn ihrer Arbeit. Sie hat sich seit 1998 verfünffacht. Ein Prozent Inflation sind 30 Mrd. DM weniger Kaufkraft. Sie ist der Taschendieb der kleinen Leute. Die Arbeitslosigkeit stagniert bei vier Mio., die Wirtschaft befindet sich in der Talfahrt. Es drohen in diesem Jahr über 300 000 Konkurse und verschärfte Verteilungskonflikte.

Auch nach dieser aktuellen Stunde bleibt unklar, was die Gesundheitsministerin eigentlich will." (*Tagesspiegel*, 29. Juni)

„Bis dahin herrscht weiterhin kleinteilige Geschäftigkeit. Da darf ein SPD-Parlamentarier eine geringere Mehrwertsteuer auf Medikamente fordern, die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion eine Abgabe auf Nikotin und Alkohol vorschlagen und die Staatssekretärin laut über Einnahmeerhöhungen nachdenken, bevor sie kurz darauf vom Ministerium dementiert wird. Wie man diese Vorschläge auch inhaltlich bewertet: von einer abgestimmten Linie der Sozialdemokraten kann nicht die Rede sein.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. Juli)

„Tatsächlich wird durch das Agieren der Ministerin die Gesundheitspolitik zunehmend zu einem Risiko für Bundeskanzler Gerhard Schröder. Er hatte zusammen mit den Grünen in der Koalitionsvereinbarung versprochen, den Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung auf unter 40 % zu senken. Dieses Ziel rückt nun in weite Ferne. (...) Die Taktik der Gesundheitsministerin, die Probleme bis über die Bundestagswahl im Herbst 2002 in Plauderrun-

den mit den Interessenvertretern auszusitzen, ist damit vorzeitig gescheitert.“ (*Handelsblatt*, 22. Juni)

„Wie das Kaninchen vor der Schlange verharrt ihr Ressort derzeit in Sprachlosigkeit, wenn es um eine umfassende Neuordnung des Gesundheitswesens geht, und suggeriert statt dessen, ein 'Weiter so' sei gefahrlos möglich.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. Juli)

„Wenigstens eine klare Richtung für eine Reform nach der Bundestagswahl müsste Schmidt vorgeben. Doch die Ministerin stellt die Weichen dafür nicht. Was Geld spart im Gesundheits-

wesen, will sie erst in ein paar Jahren machen, was Geld kostet, macht sie sofort.“ (*Die Woche*, 29. Juni)

„Noch ärgerlicher ist die Gleichgültigkeit der SPD gegenüber dem kaum noch abwendbaren Beitragsanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung. Eigentlich müssten die Sozialdemokraten in diesen Tagen um neue Konzepte für die Gesundheitsversorgung der Zukunft ringen. ... Die SPD schuldet ihren Wählern einige Antworten. Hilflös auf höhere Beiträge zu starren, ist zu wenig für eine Partei, die das Wort 'sozial' sogar im Namen führt.“ (*Die Zeit*, 21. Juni)

UD

Unser Ziel: die wirksame Eingrenzung von Spätabtreibungen

Zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Vermeidung von Spätabtreibungen – Hilfen für Eltern und Kinder“ erklären die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer und Wolfgang Bosbach, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Maria Eichhorn, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht, Norbert Geis:

Die Erfahrungen mit den gesetzlichen Regelungen für Schwangerschaftsabbrüche in der Praxis geben Anlass für Klarstellungen der Absichten des Gesetzgebers und ergänzende Regelungen mit dem Ziel einer wirksamen Eingrenzung von Spätabtreibungen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zielt mit ihrem Antrag „Vermeidung von Spätabtreibungen – Hilfen für Eltern und Kindern“ darauf ab, die Zahl der unter der geltenden Rechtslage nicht ausgeschlossenen sogenannten Spätabtreibungen in Zukunft deutlich zurückzudrängen. Hierzu schlägt sie

einen Maßnahmenkatalog vor, der die Bedingungen dafür schaffen soll, dass sowohl für werdende Eltern, insbesondere für die schwangeren Frauen wie für die Ärzte mit flankierenden Maßnahmen Spätabtreibungen so weit wie möglich vermieden werden.

Die Eckpunkte

In dem Antrag, der eine breite parlamentarische Unterstützung über die Partei- und Fraktionsgrenzen finden soll, wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzesentwurf zur wirksamen Vermeidung der sogenannten Spätabtreibungen vorzulegen, der sich an folgenden Eckpunkten orientiert:

■ Die pränatale Diagnostik muss mit einer vorausgehenden, umfassenden Beratung durch einen fachkundigen Arzt verbunden sein. Werdende Eltern müssen bereits frühzeitig besser über die möglichen medizinischen Erkenntnisse und damit oft verbundenen Konfliktsituationen dieser pränatalen Diagnostik aufge-

klärt werden. Deshalb ist die medizinische Beratung in angemessener Weise um eine psycho-soziale Beratung zu erweitern. Dazu soll ein Hinweis auf dieses Beratungsrecht der schwangeren Frau in den Mutterpass aufgenommen werden. Damit ließe sich bereits im Vorfeld die Konfliktsituation für Eltern vermindern und Spätabtreibungen entgegenwirken.

Nach einer pränatalen Diagnose mit pathologischem Befund muss sowohl eine Beratung durch einen fachkundigen Arzt als auch eine psycho-soziale Beratung erfolgen.

■ Eine Kostenübernahme für die pränatale Diagnostik durch die Krankenkassen findet nur unter der Voraussetzung statt, dass diese vorgeschriebenen Beratungen erfolgt sind. Dies ist in den Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen verbindlich festzulegen.

■ Das Vorliegen der Voraussetzungen einer medizinischen Indikation im Zusammenhang mit einer Behinderung des ungeborenen Kindes ist nur durch Begut-

achtung eines interdisziplinär besetzten Kollegiums (z.B. aus den Bereichen Frauenheilkunde, Kinderheilkunde, Psychologie, Humangenetik) festzustellen, um die Prognoseentscheidung nach § 218 a Abs. 2 StGB auf eine breitere Basis zu stellen. Durch ein solches Kollegium sollen insbesondere die Ärzte unterstützt werden, indem die Verantwortung für die Prognoseentscheidung nicht mehr allein einem einzelnen Arzt obliegt. Maßgebliches Ziel ist es, werdenden Eltern, vor allem werdenden Müttern, umfassende Hilfestellung bei ihrer Entscheidung zu geben, wenn sie vor der schwierigen Frage der Annahme eines behinderten Kindes oder dem Abbruch der Schwangerschaft stehen.

■ Erforderlich ist eine Klarstellung des gesetzgeberischen Willens bei der Schaffung bzw. Änderung des geltenden Abtreibungsrechts 1992 bzw. 1995 dahin, dass bei der medizinischen Indikation nur auf eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzustellen ist. Eine absehbare Behinderung allein ist kein Grund für einen Schwangerschaftsabbruch nach § 218 a



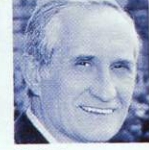
M. Böhmer



W. Bosbach



M. Eichhorn



N. Geis

Abs. 2 StGB. Deshalb ist § 218 a Abs. 2 StGB um einen Satz 2 zu ergänzen, der wie folgt lauten könnte: „Ein embryopathischer Befund allein ist keine Gefahr im Sinne des Satzes 1.“

■ Um den Eltern die Entscheidung auch für ein behindertes Kind zu erleichtern, ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erforderlich. Eltern müssen wissen, dass die Gesellschaft sie nicht allein lässt, wenn sie ein behindertes Kind bekommen. Die Verbesserung der Situation von behinderten Menschen ist durch ein eigenständiges und einheitliches Leistungsgesetz für Behinderte, das vom Bund zu finanzieren ist, zu erreichen.

■ Nach der einschlägigen Rechtsprechung zur Haftung behandelnder Ärzte bei mangelhafter Pränataldiagnostik oder fehlgeschlagenen Abtreibungen kann - unter bestimmten Voraussetzungen - gegen den Arzt ein Anspruch auf Schadensersatz geltend gemacht werden.

Dies erscheint im Hinblick auf das angestrebte

Ziel, ungeborenes Leben zu schützen bzw. Leben zu retten, bedenklich. Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob angesichts dieser Rechtsprechung in den oben angeführten Fällen eine Haftungsfreistellung der behandelnden Ärzte angezeigt ist und bejahendenfalls, wie die hierdurch bei den Eltern möglicherweise eintretenden finanziellen Nachteile ausgeglichen werden können.

■ Das Weigerungsrecht der Ärzte, an einem Schwangerschaftsabbruch mitzuwirken (§ 12 Abs. 2 SchKG), ist nur für die Fälle einer unmittelbaren Lebensgefahr der Schwangeren auszu-schließen. Zur Klarstellung ist in § 12 Abs. 2 SchKG das Wort „unmittelbar“ nach dem Wort „abwendbar“ einzufügen.

■ Die statistische Erfassung von Problemfällen, insbesondere zur Sicherstellung der Meldung aller Spätabtreibungen, ist als notwendige Datenbasis für die Beobachtungs- und Schutzpflicht des Gesetzgebers zu erweitern.



NÜRNBERG

Knappe Kassen

Offiziell rechnet die Bundesregierung für 2001 mit durchschnittlich 3,7 Millionen Beschäftigungslosen. 1,2 Milliarden Mark will sie nach Nürnberg überweisen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass das nicht reichen wird. Richtig kritisch wird die Lage aber erst im kommenden Jahr. Denn dann soll es gar keinen Zuschuss mehr für die Bundesanstalt für Arbeit geben. Diesem Beschluss liegt die optimistische Annahme zugrunde, dass 2002 die Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 3,5 Millionen sinken werde - was inzwischen selbst Schröder bezweifelt.

Berliner Zeitung

Teure Kosmetik

Sinnvoller als neue Finanzspritzen wäre eine kritische Überprüfung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Millionen verpulvern die Ar-

beitsämter jährlich, indem sie Arbeitslose von einer ABM in die nächste schleusen. Doch im nächsten Jahr stehen Bundestagswahlen an - darum ist kaum zu erwarten, dass die Koalition gerade jetzt auf die teure Kosmetik verzichten wird.

Die Welt

tragszahler ausgeplündert wird. Warum die Bürger sich das gefallen lassen, ist ein Rätsel. Sind sie also blöd? Nein. Sie suchen sich ihren staatsfreien Raum, indem sie jedes Jahr für rund 120 Milliarden Mark schwarz arbeiten.

Der Tagesspiegel

STEUERLAST

Ausplünderung

Es ist geschafft. Ab 20. Juli um genau zu sein: ab 11 Uhr 31 - arbeiten wir Steuerbürger für uns selbst. Bislang, also vom 11. Januar bis zum 20. Juli, haben wir für Vater Staat geschuftet. Das rechnet uns jedenfalls der Bund der Steuerzahler vor, der auf eine Steuer- und Abgabenquote von 55,2 Prozent kommt. Anders gesagt: Von jeder verdienten Mark dürfen wir 45 Pfennig behalten, 55 Pfennig kassieren Finanzämter und Sozialkassen. Selbst wenn diese Rechnung etwas übertrieben scheint, so zeigt sie doch, wie der ehrliche Steuer- und Bei-

SPD / PDS

Willkommene Erben

Mit atemberaubender Geschwindigkeit bereitet das sozialdemokratische Establishment die eigene Partei und das Wahlvolk auf eine umfassende parlamentarische Zusammenarbeit mit der PDS vor. Noch im letzten Oktober war es die parteirandständige Ex-Juso-Vorsitzende Andrea Nahles, die von Generalsekretär Müntefering öffentlichkeitswirksam zurückgepfiffen wurde, als sie einen Zusammenschluss von SPD und PDS forderte. Nun kommen gleichlautende Töne sogar aus der Mitte der Partei. Erhard Eppler, ehemaliger



Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, kann sich sogar vorstellen, dass die SPD in Berlin als kleinerer Koalitionspartner unter Führung der PDS Berlin regiert. Eppler hält den „Kern der PDS“ für sozialdemokratisch und beantwortet Fragen nach der Eignung der SED-Erben als Koalitionspartner mit einem klaren, uneingeschränkten Ja. Die Welt

BUNDES RAT

Dosen-Spuk

Trittin wollte partout das Zwangspfand auf Dosen. Obwohl nur 3% des Mülls auf das Konto von Dosen gehen. Trotzdem sollten Milliarden in neue Automaten investiert werden. Der Bundesrat hat diesem Spuk ein Ende bereitet. Eine andere Bundesratsinitiative - noch vom alten Berliner Senat - wollte ein echtes Problem aufs Korn nehmen: das um sich greifende Graffiti-Unwesen. Überall im Lande: kaum restauriert - schon be-

schmiert. 1000-mal schlimmer. Aber diese Initiative wird von Trittins Kollegen in Berlin blockiert. Anstatt mit Kanonen auf Getränkedosen zu zielen, sollte sich Trittin mal um Spray-Dosen kümmern. Es gibt auch so etwas wie eine optische Umweltverschmutzung. Bild

BIOETHIK

Tabu gebrochen

Wissenschaftler in den USA haben Embryonen für rein wissenschaftliche Zwecke erzeugt, um embryonale Stammzellen für die Forschung zu gewinnen. Das

war völlig unnötig. Weltweit gibt es Tausende von eingefrorenen Embryonen, die bei der künstlichen Befruchtung übrig bleiben und normalerweise weggeworfen werden. Solange dieser Vorrat reicht, gibt es kaum ein wissenschaftlich haltbares Argument für die Schaffung von Embryonen ausschließlich für Forschungszwecke. Mit ihrem eigenmächtigen Handeln haben die privat finanzierten Mediziner der Stammzelledebatte einen Bärendienst erwiesen. Denn nun werden die Diskussionen einen schärferen Ton bekommen. Die Furcht vor skrupellosen Forschern wird zweifellos wieder aufleben.

Stuttgarter Zeitung

Polithooliganismus. Die Vehemenz, mit der PDS und Grüne das Vorgehen der italienischen Polizei während des Weltwirtschaftstreffens anprangern, gehört zu den Reparaturarbeiten, mit denen der Unfehlbarkeitsanspruch der Globalisierungsgegner, der während der Genueser Krawalltage gelitten hat, wieder hergestellt werden soll. Jeder Vergleich ist recht. Da wird Italien flugs zum finsternen Polizeistaat erklärt, in dem Methoden zur Anwendung kämen, wie sie aus dem Chile der Folterer bekannt seien. Was heißen soll: Wo derlei angewendet wird, ist Widerstand legitim - einschließlich seiner Primitivform, des Polithooliganismus. FAZ

Frau & Politik

Mehr Geld!

Mehr Kinder!

Mehr Zukunft!

Frau & Politik können

Sie beziehen über die:

- Bundesgeschäftsstelle der Frauen-Union
- Klingelhöferstraße 8
- 10785 Berlin ■ Telefon 0 30-2 20 70-4 52 ■
- Telefax 0 30-2 20 70-4 39
- e-mail: fu@cdu.de

Familiengeld

„Frau & Politik“ im neuen Outfit

Neu: ■ Die Straffung zu Themenheften ist noch konsequenter, wir informieren noch gezielter als bisher ■ durchgehend vierfarbig. ■ Nach wie vor informiert „Frau & Politik“ über aktuelle Ereignisse und politische Standpunkte, gibt Hintergrundinformationen und weibliche Perspektiven. ■ Zusätzlich: Berichte aus den Landesverbänden, Wissenswertes & Tipps rund um die politisch denkende Frau. ■ „Frau & Politik“ erscheint mit 6 Ausgaben im Jahr. Jahresabo: 30 Mark. Jede neue Abonnentin erhält drei Ausgaben kostenlos.



Sie SOLL KRÄFTIG WACHSEN KÖNNEN.
UNSERE WIRTSCHAFT AUCH.

CDU

Faltkarte „Wirtschaftswachstum- 10 Punkte für den Aufschwung“

Bestell-Nr.: 2739

100 Expl.: 14,00 DM/7,16 EURO

Postkarte „Rot-Grün: Nix richtig. Nur teuer.“

Bestell-Nr.: 9757

100 Expl.: 15,00 DM/7,67 EURO



FAKTEN & POSITIONEN

KONJUNKTUR
KONJUNKTUR

ARBEITSMARKT
ARBEITSMARKT

CDU

Sofortprogramm
der CDU

für mehr
Wachstum
&
Beschäftigung

CDU

Broschüre „Fakten & Positionen – Konjunktur und Arbeitsmarkt“

(DIN A4)

Bestell-Nr.: 5748

25 Expl.: 22,00 DM/

11,25 EURO

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH

– IS-Versandzentrum –

Postfach 1162,33759 Versmold

Telefax 05423-41521

e-mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

Leporello „10-Punkte-Sofort- programm der CDU für mehr Wachstum & Beschäftigung“

Bestell-Nr.: 2758

100 Expl.: 30,00 DM/15,34 EURO



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neue Wandzeitung



**Neue SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:
MEHR MARKT. MEHR MUT. MEHR MENSCHLICHKEIT.**

Weitere Informationen unter: www.neue-soziale-marktwirtschaft.cdu.de



CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.